

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung  
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Verleger: Dr. G. B. Schmidt, Dr. G. B. Schmidt, Dr. G. B. Schmidt. Postfach: 10 5 28, 10 5 30, 10 5 37. Postfach: 10 5 28, 10 5 30, 10 5 37. Telegr.-Nr.: Neueste Dresden

## Süd- und westdeutsche Sonderbestrebungen

### Der Gipfel der Gefahr

von Dr. G. B. Schmidt, Dr. G. B. Schmidt. (Fortsetzung aus dem Vortage.) Der Gipfel der Gefahr ist erreicht. Die Verhandlungen in Brüssel sind gescheitert. Die Verhandlungen in Brüssel sind gescheitert. Die Verhandlungen in Brüssel sind gescheitert.

Unter Tage wird von Tag zu Tag bedrohlicher. Es wäre das Schicksal von allem, sich über die Summe der Gefahren hinwegzusetzen, weil die Welt die Ordnung nicht aufrecht erhalten würde, weil man sich seiner Arbeit, seinem Beruf nachgeben könnte, oder indem man alles auf die eine Karte setzt, die das Bild Illusionen trügt.

Die Verhandlungen der deutschen Waffenstillstandskommission mit den Vertretern der Entente, insbesondere mit dem Marschall Foch, sind gescheitert. Die Verhandlungen in Brüssel sind gescheitert.

Wir gehören nicht zu den Leuten, die in Meier Verführung eines Blattes, das sich in Groberunglück und Mitleidenschaft noch vor kurzem nicht genugsam konnte, den Weg des Ertrinkens von Brinn, der belgischen Räte und wer weiß wessen noch als Lebensnotwendigkeit für Deutschland forderte, einen Trost zu finden vermögen.

Was kann und muß gegen diese Tümmen schrecklicher Gefahren geschehen? Wir müssen einen Vorstoß in die Zukunft wagen, der die unerträglichen Bedingungen des Waffenstillstands und der Blockade aufhebt, und Lebensmittelaufgaben ermöglicht. Dieser Vorstoß ist nicht zu erreichen, und kein Friede, wenn die Verwirrung in Sachien, wie in Preußen nicht schleunig aufhört. Die Gegner erklären Tag für Tag: einem nicht sicher regierten, zerfallenden, ungeschützten, sozialistischen Deutschland keinen Frieden und kein Brot. Bayern, Baden, Württemberg, die Rheinländer sind entschlossen, sich von uns zu trennen, wenn nicht schleunig die Einigung und Ordnungsvollkommen wird. So fürchterlich, wie unsere Lage ist, so klar liegt die Lebensgefahr, die seit es Staaten gibt, einem Staat, einem Volk droht, und da gibt es Leute, die diesen Zeitpunkt für angemessen halten, die politische Fehle, auf die eine Gruppe schwört, der ganzen Weltzeit des Volkes aufzuwachen, soweit nicht arde Teile der Mehrheit sich bereit machen — und unter Volksgeheimnis auszuweichen.

Im Osten droht uns die „Donnerschlag“ der von uns befreiten Polen. Wenn man sich auf seinen hundert Schritten vergrößern soll, so wäre es doch zu groß, sich darüber zu ärgern, daß die Furcht vor Rotten und Überfällen, von Kariolen aus Polen auf Schlamm getrieben ist. Man wendet dem Bild nach dem Gange der Welt, nach der Ruhr — überall die Verletzung oder der indirekte Einfluß der Waffenstillstandsbedingungen als eine Lebensgefahr für alle Deutschen. Da gibt es keinen Unterschied der Gefahr für den Reich oder Reichchen oder den, der für vier Wochen noch reich dünkt, und den Verarmten. Die Entente hat sich alle Obed in ihrer Hand. Und in diesem Augenblick soll für Millionen von Verarmten Soldaten Arbeit und Brot geschaffen werden! Die Weltöffentlichkeit, diese Obedarbeit zu bewilligen, liegt natürlich auch nur zum Teil in unserer Hand, zum andern in der unserer Feinde. Reine Furcht können wir nun in Nummer Verweigerung abwarten, es ist Wilson und den belgischen Machthabern, die nicht alle Vernunft und alle Menschlichkeit in ihrem Organismus aufgebracht haben, nachdrücklich eingelenkt wird, die Waffenstillstandsbedingungen doch noch zu mildern. Die Befürchtung, daß diese beibringende Kränkel aus der Spindel des Weltens umgedreht einfallen würde, wenn der Kampf schon im Starben liegt, ist selber uns

allem gerechtfertigt. Denn eine neue, schwere Komplikation ist in den letzten Tagen eingetreten. Ein Dekret des „Nordrats“ aus Köln macht auf den drohenden Abfall der Rheinländer in ersten Worten aufmerksam. Die Träger der Volkswirtschaft sind in allen Schichten des rheinischen Bürgeriums zu finden, namentlich jedoch in städtischen Kreisen, in denen die traditionelle Abneigung gegen das Vorkommen am härtesten wagt. Genährt wurde die Bewegung durch die Vorgänge in Berlin. Man wartet mit brennender Ungeduld auf die Veröffentlichung des Zeitpunktes der Waffen zur Konstante. Der von jeder auch in seinen bürgerlichen Teilen mit einem Tropfen demokratischem Obed geliebte Rheinländer vertritt noch viel weniger als der typische Nord- und Mitteldeutsche den jetzigen Eiferzustand. Man irrt, das Industriegebiet vollständig in den neu zu gründenden Staat einzuschließen. Schon haben bekannte Wirtschaftspolitiker durchsichtige Vorschläge gemacht über die ökonomische Lebensfähigkeit der neuen Republik ausgeführt. Die Sozialdemokratie lehnt den ganzen Plan selbstverständlich entschieden ab. Leider ist er damit nicht befreit. Die für ihn wirkenden Kräfte sind außerordentlich hart und erhalten durch die Berliner Vorgänge fortgesetzt neuen Schwung.

Genau, wie die Berliner Vorarbeiten wirken natürlich die schlimmen Verhältnisse in Sachien und offene oder verdeckte Befehlsfälle zum Volkswirtschaft, wie in Bremen, Obed belichtet werden diese auch im Süden, in Bayern und Baden an beobachtenden Volkswirtschaft und Berufsarbeitern durch die Meinungsäußerungen des rheinischen Zentrumskomitees, der „Rheinischen Volkszeitung“, worin es heißt: „Die Frage, ob im Rheinland eine Verwirklichung im Gange seien, die auf eine Fortsetzung der Rheinprovinz zum Reich abzielen, ist zu verneinen. Die Rheinprovinz erstreckt sich von West nach Ost über die ganze Länge der Rheinprovinz, die Rheinprovinz erstreckt sich von West nach Ost über die ganze Länge der Rheinprovinz.“

Wir gehören nicht zu den Leuten, die in Meier Verführung eines Blattes, das sich in Groberunglück und Mitleidenschaft noch vor kurzem nicht genugsam konnte, den Weg des Ertrinkens von Brinn, der belgischen Räte und wer weiß wessen noch als Lebensnotwendigkeit für Deutschland forderte, einen Trost zu finden vermögen.

Was kann und muß gegen diese Tümmen schrecklicher Gefahren geschehen? Wir müssen einen Vorstoß in die Zukunft wagen, der die unerträglichen Bedingungen des Waffenstillstands und der Blockade aufhebt, und Lebensmittelaufgaben ermöglicht. Dieser Vorstoß ist nicht zu erreichen, und kein Friede, wenn die Verwirrung in Sachien, wie in Preußen nicht schleunig aufhört. Die Gegner erklären Tag für Tag: einem nicht sicher regierten, zerfallenden, ungeschützten, sozialistischen Deutschland keinen Frieden und kein Brot. Bayern, Baden, Württemberg, die Rheinländer sind entschlossen, sich von uns zu trennen, wenn nicht schleunig die Einigung und Ordnungsvollkommen wird. So fürchterlich, wie unsere Lage ist, so klar liegt die Lebensgefahr, die seit es Staaten gibt, einem Staat, einem Volk droht, und da gibt es Leute, die diesen Zeitpunkt für angemessen halten, die politische Fehle, auf die eine Gruppe schwört, der ganzen Weltzeit des Volkes aufzuwachen, soweit nicht arde Teile der Mehrheit sich bereit machen — und unter Volksgeheimnis auszuweichen.

Im Osten droht uns die „Donnerschlag“ der von uns befreiten Polen. Wenn man sich auf seinen hundert Schritten vergrößern soll, so wäre es doch zu groß, sich darüber zu ärgern, daß die Furcht vor Rotten und Überfällen, von Kariolen aus Polen auf Schlamm getrieben ist. Man wendet dem Bild nach dem Gange der Welt, nach der Ruhr — überall die Verletzung oder der indirekte Einfluß der Waffenstillstandsbedingungen als eine Lebensgefahr für alle Deutschen. Da gibt es keinen Unterschied der Gefahr für den Reich oder Reichchen oder den, der für vier Wochen noch reich dünkt, und den Verarmten. Die Entente hat sich alle Obed in ihrer Hand. Und in diesem Augenblick soll für Millionen von Verarmten Soldaten Arbeit und Brot geschaffen werden! Die Weltöffentlichkeit, diese Obedarbeit zu bewilligen, liegt natürlich auch nur zum Teil in unserer Hand, zum andern in der unserer Feinde. Reine Furcht können wir nun in Nummer Verweigerung abwarten, es ist Wilson und den belgischen Machthabern, die nicht alle Vernunft und alle Menschlichkeit in ihrem Organismus aufgebracht haben, nachdrücklich eingelenkt wird, die Waffenstillstandsbedingungen doch noch zu mildern. Die Befürchtung, daß diese beibringende Kränkel aus der Spindel des Weltens umgedreht einfallen würde, wenn der Kampf schon im Starben liegt, ist selber uns

allem gerechtfertigt. Denn eine neue, schwere Komplikation ist in den letzten Tagen eingetreten. Ein Dekret des „Nordrats“ aus Köln macht auf den drohenden Abfall der Rheinländer in ersten Worten aufmerksam. Die Träger der Volkswirtschaft sind in allen Schichten des rheinischen Bürgeriums zu finden, namentlich jedoch in städtischen Kreisen, in denen die traditionelle Abneigung gegen das Vorkommen am härtesten wagt. Genährt wurde die Bewegung durch die Vorgänge in Berlin. Man wartet mit brennender Ungeduld auf die Veröffentlichung des Zeitpunktes der Waffen zur Konstante. Der von jeder auch in seinen bürgerlichen Teilen mit einem Tropfen demokratischem Obed geliebte Rheinländer vertritt noch viel weniger als der typische Nord- und Mitteldeutsche den jetzigen Eiferzustand. Man irrt, das Industriegebiet vollständig in den neu zu gründenden Staat einzuschließen. Schon haben bekannte bekannte Wirtschaftspolitiker durchsichtige Vorschläge gemacht über die ökonomische Lebensfähigkeit der neuen Republik ausgeführt. Die Sozialdemokratie lehnt den ganzen Plan selbstverständlich entschieden ab. Leider ist er damit nicht befreit. Die für ihn wirkenden Kräfte sind außerordentlich hart und erhalten durch die Berliner Vorgänge fortgesetzt neuen Schwung.

### Entsendung einer amerikanischen Kommission nach Berlin

(Privattelegramm der Dresdner Nachrichten) Rotterdam, 23. November. Ein unrichtig über amerikanischer Stelle im Haag hält man die Entsendung einer amerikanischen Kommission nach Berlin für zweckmäßig, um dort einen genaueren Einblick in die Lebensmittelversorgung Deutschlands zu gewinnen und auf Grund genauer Informationen die dringlichsten Maßnahmen festzusetzen. Die Entsendung einer neutralen Kommission über die Verteilung der Lebensmittel in Deutschland ist unerlässlich. Wie die „Goschke Post“ vernimmt, wird Wilson nach dem Befehl von Versailles in den Haag kommen. Infolge wird wiederholt berichtet, daß man einem terroristischen oder durch irgendwelche Diktatur „regierten“ Deutschland weder Frieden noch Rohstoffmittel gewähren werde, da man mit einem solchen Staat nicht verhandeln könne.

### Entscheidung um eine Lebensmittelkonferenz

Rotterdam, 23. November. „Neuere Rotterdamse Courant“ meldet aus Paris: Die Schweizerische Regierung übermittelte den Regierungen der Alliierten und der Vereinigten Staaten eine Mitteilung der deutschen Regierung, worin ersucht wird, um sofortige Festsetzung der Verhandlungen über den Frieden, 2. das Zusammenrufen einer deutsch-amerikanischen Konferenz im Haag, die über die Lebensmittelversorgung Deutschlands beraten soll. — Demgegenüber wird betont, daß die Vereinigten Staaten die Absicht zu erkennen gegeben haben, in einem Zusammenhang mit den Alliierten zu verhandeln.

Der in Rotterdam erscheinende „Mandobode“ beschäftigt sich in einem Artikel mit den Notrufen aus dem Rheinland, in denen das schreckliche Leid geschildert wird, das die Rheinbevölkerung durchzumachen hat. „Mandobode“ bemerkt hieran: In neutralen Dörfern werden Lebensmittelvorräte für die deutsche Bevölkerung eingelagert. Diese werden aber nur dann weitergegeben werden, wenn im Deutschen Reich die neue Regierungsform sich endlich bestätigt hat. Dann kann jedoch solange nicht belästert werden, als das Land dem Dummstocher ausreißt. Es handelt sich um einen circulus vitiosus, der um jeden Preis durchbrochen werden muß. Es kommt dabei auf die allerhöchste Eile an.

### Aufruf der Entente an die Bevölkerung von Südrussland

Moskau, 21. November. Die Verbandsräte haben einen Aufruf an die Bevölkerung Südrusslands veröffentlicht, in dem betont wird, daß sie ihren Einsatz in Südrussland vorbereiten, um in Südrussland wieder die Konstitution einzuführen und die Konstitution des Volkswirtschafts zu erneuern, sowie die Volkswirtschaft und ihre besten Interessen für sorgfältig zu erklären. Die Verbandsräte erkennen in Russland nur die gegen die Sowjetregierung kämpfenden Truppen an. Als solche werden freiwillige Regimenter und die Rotarmeen angesehen. Von allen andern Organisationen verlangt der Verband die Herausgabe der Waffen.

### Moskauer Beratung

Moskau, 15. November (Verpölet). In der ersten Sitzung der letzten Tagung des geschäftsführenden Hauptauschusses der Arbeiter- und Soldatenräte Russlands am 15. November ist die Ernennung von Raschin zum Volksbeauftragten für Handel und Industrie bestätigt worden. Raschin berichtet über die unwürdige Postik und begründet die Forderung nach der Verhängung der Grenzen der Revolution über die Grenzen Russlands hinaus. Die neue Grenze zwischen dem Sozialismus und dem Vorkriegssozialismus liegt am Rhein. Die deutschen Arbeiter und Soldaten werden nunmehr im Kampf gegen das fremde und das russische Bürgerium mitwirken. Man könne zwar noch nicht den Bruchband der Völker aufbrechen, da die Fortschritt der Revolution in den verschiedenen Ländern verschieden seien. General Raschin wolle die Revolution von den Rhein bis zum Kaukasus erbrühen. Die Russen hätten niemals verstanden, das Volkswirtschaft mit bewaffneter Hand in Moskation und London durchzuführen. Die Verarmung an die Völker Russlands und die Randstaaten über die Ungültigkeit der Verträge vom 8. März und 27. August 1918. Die durch die Revolution befreiten Randstaaten sollten jetzt selbstständig über ihr Schicksal bestimmen. Die Beziehungen zwischen den Verbänden Russlands und Osterrusslands sowie zwischen den Verbänden Russlands und Osterrusslands werden nicht nur die Interessen eines Friedensschlusses, sondern einer Vereinigung der Arbeiter aller Länder sein.

### Der erbarmungslose Sieger

General v. Winterfeldt überlag in der heutigen Vollziehung der Waffenstillstandsbedingungen folgenden Worte: „Die deutsche Oberkommando D meldet: Entsagen den Befehlen der Waffenstillstandsbedingungen, wonach die Truppen unserer Gegner unsere Truppen heranzuführen sollen, daß eine Sicherheitszone von 10 Kilometern zwischen den gegenüberliegenden Streitkräften festgesetzt werde, sind französische Truppen bereits am 17. November 6 Uhr abends in Schleitstadt einmarschiert und haben dort erstens das 2. Divisionen Regt. 2. zweites Bataillon der Division Nr. 10, Division Nr. 23, und drittens das Übergeordnetes für den Armeemarschall Schleitstadt unter dem Kommando Schleitstadt festgehalten und interniert. Nach Schleitstadt gelangte Parlamentäre sind unverzüglich Dinge zurückgeführt. Ebenso hat ein an die Oberkommando Schleitstadt gerichteter Brief nach Freigabe der internierten Truppen zu seinem Ergebnis geführt. Eine Vernehmung zur Festnahme der aufgeführten Truppenteile lag nicht vor.“

Daß die Franzosen an dieser Stelle nicht befreit waren, die Bestimmungen des Waffenstillstands zu halten, haben sie auch dadurch gezeigt, daß sie in den nächsten Tagen von Schleitstadt aus unsere Truppen unmittelbar anmarschiert sind. Es wird gebeten, die Freigabe der internierten Teile gehaltenen deutschen Truppenteile an veranlassen. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, daß Übergeordnetes über die Angelegenheit nicht zu entscheiden können, wenn sie festgehalten und interniert werden. Infolge wird mitgeteilt, daß auch am 18. November gegenüber der 4. deutschen Armee Parlamentäre, die die Freigabe von Wägen verhandeln wollten, abgewiesen wurden. Eine ordnungsmäßige Freigabe, wie sie von der Waffenstillstandskommission gewünscht wird, ist bei solchem Verhalten nicht möglich.“

In der heutigen Vollziehung der Waffenstillstandsbedingungen teilte General Ruban mit, daß Marschall Foch die in dem Schreiben der deutschen Waffenstillstandskommission erbetenen Wiederumkehr der Waffenstillstandsbedingungen, insbesondere also eine Verzichtserklärung der Räumung der Fronten, abgelehnt habe, und zwar ohne irgendwelche Begründung für diese Ablehnung an geben. Als darauf nachmals von der Hand der Karte und unter Angabe von Stellen anwesend wurde, daß es technisch unmöglich sei, in den feindlichen Zonen eine Armee von über 2 Millionen Mann in Ordnung auf den Straßen und engen Straßen über die wenigen Rückführwege zurückzuführen, erklärte General Ruban, daß er bezweifle, ob die Franzosen die gleiche Zahl an Soldaten zurückzuführen könnten. Die Schwierigkeiten seien unüberwindlich, die Fronten seien aber unabänderlich. Die Frage sei nun einmündig und nicht anders. Das sei unter schwacher Wank. Deutschland habe die Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Wenn es das nicht getan hätte, so würde seine Lage nicht besser sein.

General v. Winterfeldt verließ hierauf die bereits mitgeteilte Protestnote. Nach in den Befehlen der Sonderkommission für Materialabgabe, Transportwesen, Gefangenentransport usw. zeigen die Franzosen das gleiche Bild des Siegers, der rücksichtslos seine Macht ausnützt. Die Herabernennung, die wegen der Beschaffenheit des an liefernden Materials, hinsichtlich dessen Bereitstellung und deraufhin erhoben werden, sind praktisch undurchführbar. Obwohl Marschall Foch bereits die Unterzeichnung des Waffenstillstands auf die Unüberwindlichkeit der Bedingungen feierlich hingewiesen worden war, und dieser Hinweis keinem wiederholt vorgetragen worden ist, so ist er offenbar seinen Triumpfsbarock, die aufzunehmenden Bedingungen an das höchste in seinen Worten andauern und mit größter Strenge durchzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob Tausende, viele Tausende unteritanfende auf dem Rücken vor Erschöpfung an dem unkomfortablen in der Wägenhaft geraten. Auch ob unter anderem Truppen und Ernährungswesen aufgenommen, Guncardrot und Arbeitslosigkeit an wirtschaftlichen und politischen Katastrophen führen, scheint dem ersten ungeschickten Franzosen gleichgültig zu sein.

### Doch ein Friedensangebot

WTB. Berlin, 23. November. Der Bund „Neues Vaterland“ erfuhr und um Verbreitung folgender Notiz: Der Bund „Neues Vaterland“ weiß die von Volks-Telegraphischem Bureau verbreitete Behauptung, daß keiner der Feinde Deutschlands jemals im Weltkrieg ein Friedensangebot gemacht habe, energisch zurück. Der Beweis, daß England im Frühjahr 1918 ein Friedensangebot gemacht habe, einseitig in einer besonderen Broschüre veröffentlicht.